

wurde: die Schaffung von Konten und Firmen in Westdeutschland, um dort hin so viele reale Werte wie möglich zu verschieben ...". Mehrfach kam es zu Konflikten, weil sich Belegschaften enteigneter Betriebe vor ihren „Chef“ stellten.

Allerdings regte sich der Widerstand gegen die Enteignungen in der Industrie, gegen die „Bodenreform“ und gegen die Deklassierung des Beamtentums zunächst nur zögernd und sehr vorsichtig. Ganz abgesehen von der Flucht nicht weniger unmittelbar bedrohter Industrieller und Großgrundbesitzer, die ihr Eigentum aus Furcht vor den einrückenden sowjetischen Truppen aufgegeben hatten, erscheint das auch aus der psychologischen Situation von 1945 durchaus verständlich. Die große Mehrheit der Bevölkerung stand damals politischen Dingen teilnahmslos gegenüber, eine Haltung, die sich nicht unwesentlich auch aus der materiellen Not der ersten Nachkriegszeit erklärt. Das wirtschaftliche Chaos, das der Zusammenbruch hinterlassen hatte, löste zunächst einmal einen alle Energien der Menschen beanspruchenden Kampf um die bloße Existenz aus, um Essen, Wohnung, Arbeit, so daß sich politischer Widerstand in der ersten Nachkriegszeit nur wenig regen mochte. Dazu kam die weitverbreitete Furcht vor dem sowjetischen Terror. Denn noch während des Einrückens der Roten Armee in das sowjetische Okkupationsgebiet hatten die Behörden des NKWD und des NKGB Massenverhaftungen durchgeführt. Eine weitere Verhaftungswelle folgte auf den SMAD-Befehl Nr. 42 vom 27. August 1945, demzufolge sich alle ehemaligen deutschen Offiziere, Mitglieder der NSDAP, der SS und der SA sowie Mitarbeiter der Gestapo bei den Militärkommandanturen registrieren lassen mußten. Meistens wurden sie dabei sofort verhaftet. Die Festgenommenen wurden in mehreren Konzentrationslagern — von denen Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen bis 1950 bestanden — „interniert“. Von den Verhaftungen waren schon 1945 nicht nur Aktivisten und Mitläufer der NSDAP und ihrer Gliederungen, sogenannte Militaristen und unter „Werwolf-Verdacht“ stehende Jugendliche betroffen worden, sondern auch Beamte aller Kategorien, vornehmlich Juristen und Lehrer, ferner Gutsbesitzer, Industrielle und andere „Kapitalisten“, und zwar unabhängig von ihrer politischen Einstellung, einfach auf Grund ihrer „Klassenzugehörigkeit“. Mit dieser präventiven Maßnahme hatten die Sowjets einem stärkeren Widerstand in der ersten Zeit ihrer Okkupation nicht nur ausschlaggebende personelle Voraussetzungen genommen, sondern gleichzeitig auch bezweckt und erreicht, daß große Teile der Bevölkerung in dauernder Furcht vor Verhaftung lebten und so wenig oder keine innere Bereitschaft zum Widerstand zeigten.<sup>23</sup>